

Presse- mitteilung

14. September 2021

Deutsches Aktieninstitut

Reden ist Silber, Handeln ist Gold

Das Deutsche Aktieninstitut erwartet von den Parteien, dass sie nach der Bundestagswahl den Versprechen der Wahlprogramme auch Taten folgen lassen. Insbesondere bei der Altersvorsorge muss ein Ansparverfahren mit Aktien die gesetzliche Rente ergänzen. Wie die heute veröffentlichten Antworten der im Bundestag vertretenen Parteien auf die acht Wahlprüfsteine rund um das Thema Kapitalmarkt zeigen, gibt es großen Handlungsbedarf.

„Ich freue mich, dass CDU/CSU, die GRÜNEN und die FDP Vorschläge machen, wie die gesetzliche Rentenversicherung durch ein Ansparverfahren mit Aktien ergänzt werden soll. Diesen Vorschlägen müssen in der nächsten Legislaturperiode aber endlich auch Taten folgen“, fordert Dr. Christine Bortenlänger, Geschäftsführende Vorständin des Deutschen Aktieninstituts. „Ein Ansparverfahren mit Aktien in der Altersvorsorge muss nach marktwirtschaftlichen Prinzipien von privaten Anbietern organisiert werden. Den Vorschlag der GRÜNEN, einen öffentlich organisierten Bürgerfonds einzurichten, lehnen wir deshalb ab. Enttäuschend ist, dass die Union immer noch darüber spricht, Konzepte zur kapitalgedeckten Altersvorsorge entwickeln zu wollen, statt Konkretes vorzulegen“, so Bortenlänger.

Das Deutsche Aktieninstitut hat heute die Antworten der Parteien zu seinen [Wahlprüfsteinen](#) in Form einer Synopse veröffentlicht. Alle Parteien, die im Deutschen Bundestag vertreten sind, wurden angeschrieben. Außer SPD und AfD haben alle geantwortet. Die Antworten der Parteien sind zur Einordnung aus kapitalmarktpolitischer Sicht kommentiert. Neben den Themen Altersvorsorge, mehr Börsengängen in Deutschland und der Notwendigkeit von Unternehmensgewinnen werden thematisiert:

- Nachhaltigkeit
- Virtuelle Hauptversammlung
- Update für das deutsche Aktienrecht
- Mehr Steuergerechtigkeit für Aktien
- Europäische Gemeinschaftssteuern, insbesondere die Finanztransaktionssteuer

Seit der letzten Wahl ist bei den Parteien beim Thema Rahmenbedingungen für Börsengänge deutlich mehr Bewusstsein für Handlungsbedarf zu erkennen. Allerdings reicht es nicht aus, dass CDU/CSU, die GRÜNEN und FDP sich für Bürokratieabbau aussprechen. Auch werden die von GRÜNEN und FDP angesprochenen Fonds für Start-ups insgesamt den notwendigen Schub nicht erzeugen. „Wer Börsengänge in Deutschland voranbringen will, muss Aktien zu einem festen Bestandteil der Altersvorsorge machen. Nur wenn das gelingt, können finanzstarke Pensionsfonds entstehen, die den Kapitalbedarf von Start-ups, vorbörslicher Finanzierung bis hin zum Börsengang von Unternehmen abdecken“, betont Dr. Christine Bortenlänger. Auch das Aktienrecht muss modernisiert werden. Das zeigt die aktuelle Studie „[Auslandslistings von BioNTech, CureVac und Co.](#)“ des Deutschen Aktieninstituts sehr deutlich.

Die von den GRÜNEN und DIE LINKE geforderten weiteren Verschärfungen der Aufsicht über die Unternehmen sind dagegen nicht zielführend. Gleiches gilt auch für die Pläne der GRÜNEN, die Anforderungen an Wirtschaftsprüfer weiter zuspitzen zu wollen. „Die Regeln bei der Aufsicht und den Wirtschaftsprüfern wurden gerade erst verschärft“, betont Bortenlänger. „Es sollte erst einmal abgewartet werden, wie sich die neuen Regeln auswirken, bevor weitere Verschärfungen in den Raum gestellt werden“, so Bortenlänger weiter.

„Erfreulich ist, dass alle Parteien, die geantwortet haben, grundsätzlich der Ansicht sind, dass Unternehmen Gewinne erwirtschaften müssen. Die Antworten offenbaren aber im Detail große Unterschiede, die für die Einschätzung der Parteien höchst aufschlussreich sind“, betont Bortenlänger.

Die Antworten der Parteien und den Kommentar des Deutschen Aktieninstituts finden Sie [hier](#).

Das Deutsche Aktieninstitut setzt sich für einen starken Kapitalmarkt ein, damit sich Unternehmen gut finanzieren und ihren Beitrag zum Wohlstand der Gesellschaft leisten können.

Unsere Mitgliedsunternehmen repräsentieren über 85 Prozent der Marktkapitalisierung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften. Wir vertreten sie im Dialog mit der Politik und bringen ihre Positionen über unser Hauptstadtbüro in Berlin und unser EU-Verbindungsbüro in Brüssel in die Gesetzgebungsprozesse ein.

Als Denkfabrik liefern wir Fakten für führende Köpfe und setzen kapitalmarktpolitische Impulse. Denn von einem starken Kapitalmarkt profitieren Unternehmen, Anleger und Gesellschaft.

© Deutsches Aktieninstitut e.V.

Ansprechpartnerin:
Dr. Uta-Bettina von Altenbockum
Leiterin Kommunikation
Telefon +49 69 92915-47
presse@dai.de

Impressum

Deutsches Aktieninstitut e.V.
Senckenberganlage 28
60325 Frankfurt am Main
Telefon +49 69 92915-0
dai@dai.de

Präsident: Dr. Hans-Ulrich Engel
Geschäftsführende Vorständin:
Dr. Christine Bortenlänger
USt-IdNr. DE170399408
VR10739 (AG Frankfurt am Main)

[Präsidium Datenschutz](#)
[Pressemitteilungen abmelden](#)